



Washington News

Nr. 10 vom 14. März 2019

- **Diese Woche in Washington**
- **Weißes Haus schlägt neues Budget vor**
- **US-Handelsbeauftragter bei Anhörung zu WTO**
- **Weitere Maßnahmen gegen Russland**
- **Technologiefirmen bereiten disruptives Zeitalter vor**
- **SPOTLIGHT STEUERN: Fortschritte bei der Deregulierungsagenda**
- **US-Präsident Donald Trump unterzeichnet Gesetz zur Stärkung des Naturschutzes**
- **Nominierungen**

Diese Woche in Washington

Die US-Administration hat auch in dieser Woche aktiv im US-Kongress für Unterstützung für ihr mit Kanada und Mexiko verhandeltes USMCA-Abkommen geworben. Neben seinem Auftritt im Finanzausschuss des Senats trat USTR Robert Lighthizer im Rahmen einer Diskussion mit dem Democratic Caucus des Repräsentantenhauses in einen strukturierten Dialog mit den Abgeordneten der demokratischen Partei ein. Die Sprecherin Nancy Pelosi hatte diesen Prozess initiiert, um den Abgeordneten ihrer Partei bessere Chancen zu ermöglichen, ihr Anliegen mit Bezug auf die Inhalte von USMCA deutlich machen zu können. In der demokratischen Partei gibt es mit Blick auf den verhandelten Text weiterhin Sorgen über die tatsächliche Durchsetzbarkeit der Arbeits- und Umweltstandards und über mögliche Auswirkungen auf die Preise gewisser verschreibungspflichtiger Medikamente.

Die Senatoren Mark Warner (D-VA) und Cory Gardner (R-CO) haben am Montag einen überparteilicher Gesetzesvorschlag eingebracht, der Cyber-Sicherheitsstandards für mit dem Internet verbundene Geräte, die von der US-Regierung und ihren Behörden genutzt werden, schaffen soll. Senator Warner ist Vice Chairman des Senate Intelligence Committees und gemeinsam mit Senator Gardner Co-Vorsitzender des Senate Cybersecurity Caucus. Dem Gesetzesvorschlag geht eine intensive Diskussion rund um das Thema der potenziellen Sicherheitsrisiken von sogenannten IoT-Geräten voraus. Das Gesetz sieht vor, dass das Nationale Institut für Standards und Technologie (*National Institute of Standards and Technology* – NIST) hinsichtlich der Cyber-Sicherheitsstandards Empfehlungen für Bundesbehörden für den Gebrauch von IoT-Geräten erarbeitet. Die US-Regierung ist mit ihren Behörden ein großer Kunde für IoT-Geräte. (da)

Kurzmeldungen

SPOTLIGHT STEUERN: Fortschritte bei der Deregulierungs- agenda

Eine Priorität der Trump Administration ist die Vereinfachung des Steuergesetzes. Im Jahr 2017 hat Präsident Trump eine *executive order* erlassen, die das US-Finanzministerium verpflichtet, alle unnötigen Steuervorschriften abzuschaffen. Diese Woche hat das US-Finanzministerium nach einem Prozess der Überprüfung und öffentlicher Kommentierung die Aufhebung von [296 Steuervorschriften](#) abgeschlossen. Laut dem Finanzministerium seien diese Vorschriften nicht mehr notwendig, weil sie keine aktuelle oder

Weißes Haus schlägt neues Budget vor

Das Weiße Haus hat seinen [Budgetvorschlag](#) für das Haushaltsjahr 2020 vorgestellt. Anders als von Präsident Trump in der Vergangenheit zugesichert, sieht der Vorschlag weitreichende Kürzungen bei den Sozialprogrammen wie Medicaid, Medicare und Social Security vor. Insgesamt sollen hier über 1 Billionen US\$ bis 2029 gestrichen werden, während die Militärausgaben um 34 Milliarden US\$ auf 750 Milliarden US\$ steigen sollen. Für die Befestigung der südlichen Grenze zu Mexiko fordert das Weiße Haus 8,6 Milliarden US\$.

Um Maßnahmen im Handelsbereich durchsetzen zu können, sollen das Budget für die betreffenden Behörden, zum Beispiel das *Department of Commerce* und den *USTR*, um 12 Milliarden US\$ aufgestockt werden.

Der Budgetvorschlag wurde von einer Reihe von Republikanern im Kongress kritisch aufgenommen. Der Vorsitzende des *Senate Appropriations* Ausschusses Richard Shelby (R-AL) sah sich veranlasst in diesem Zusammenhang zu betonen, dass es sich bei dem Dokument um einen Vorschlag handele, und für die Inkraftsetzung des Budgets Einigkeit im Kongress Voraussetzung sei.

Nancy Pelosi (D-CA) und Chuck Schumer (D-NY) übten Kritik am Budget und kritisierten die vorgesehenen 8,6 Milliarden US\$ für die Finanzierung der Grenzsicherung zu Mexiko. Andere Stimmen der Demokraten beanstandeten die Kürzungen bei Sozialprogrammen.

Der Budgetvorschlag des Weißen Hauses ist nicht gesetzlich bindend. Er stellt vielmehr die Schwerpunkte der Administration für das kommende Haushaltsjahr dar. Mit der uneingeschränkten Unterstützung der Demokraten, die die Mehrheit im Repräsentantenhaus halten, ist nicht zu rechnen. Ob daher bis Ende September ein regulärer Haushalt verabschiedet werden kann, bleibt abzuwarten. Das Haushaltsjahr endet am 30.09. (kw)

US-Handelsbeauftragter bei Anhörung zu WTO

Der US-Handelsbeauftragte Robert Lighthizer wurde am 12.03. bei einer [Anhörung](#) im Finanzausschuss des Senats zum Thema WTO befragt. Ebenfalls angesprochen wurden handelspolitische Themen mit Blick auf China und die EU. Lighthizer unterstrich die Bedeutung der WTO, erneuerte aber die grundsätzliche Kritik an dem Berufungsgremium der WTO - insbesondere an dessen Kompetenzen und deren Ausübung. Die USA scheinen in der Blockade der Ernennung neuer Richter des Gremiums eine Möglichkeit zu sehen, den Reformdruck aufrechtzuerhalten.

Zu den laufenden Handelsgesprächen mit China erklärte Lighthizer, dass diese demnächst abgeschlossen sein werden. Ob die USA einen Deal mit China erzielen können, konnte Lighthizer aber nicht vorhersagen. Die USA bestehen darauf, dass eine Einigung mit China ausführliche und durchsetzbare Vorschriften enthalten müsse. Die Gespräche über die Aufnahme des Agrarbereichs in Verhandlungen über ein mögliches Freihandelsabkommen mit der EU

zukünftige Anwendbarkeit unter dem derzeit geltenden Steuergesetzbuch (*Internal Revenue Code*) haben. (ch)

US-Präsident Donald Trump unterzeichnet Gesetz zur Stärkung des Naturschutzes

US-Präsident Trump hat am 12.03. ein [Gesetzespaket](#) unterschrieben, das weitgehende Unterstützung und Finanzierung für Maßnahmen des Naturschutzes bietet. Der *Conservation, Management and Reaction Act* umfasst u.a. die Eingliederung von 1,3 Millionen Acres Land in den Bundesbesitz und eine neue Finanzierung für den ehemaligen *Land and Water Conservation Fund*. Für 370.000 Acres im Bundestaat Montana soll zudem ein Verbot der Rohstoffförderung eingeführt werden. Das Gesetzpaket wurde mit überparteilicher Unterstützung in beiden Kammern (92-8 im Senat und 363-6 im Repräsentantenhaus) verabschiedet. (kw)

Nominierungen

US-Präsident Trump hat Jennifer Nordquist als neue Exekutivdirektorin für die USA in der Weltbank nominiert. Nordquist ist derzeit Stabschefin des *Council for Economic Advisers* im Weißen Haus. Der Exekutivdirektorposten bei der Weltbank ist auf zwei Jahre festgelegt.

befänden sich gegenwärtig in einer Pattsituation.

Der Vorsitzende des Finanzausschusses Chuck Grassley (R-IA) erklärte seine Unterstützung für die handelspolitischen Ziele der Administration, warnte aber auch, dass Zölle und andere Handelshemmnisse nicht Teil einer dauerhaften Lösung sein können. Grassley sagte zudem, dass ein Ausnahmeprozess für Zölle in „Liste 3“ auf chinesische Importe i. H. v. 200 Milliarden US\$ nur erstellt werden solle, wenn die Zölle von 10% auf 25% erhöht werden. Lighthizer machte noch einmal deutlich, dass die USA weitere Zölle einführen könnten, wenn China sich nicht an die Bedingungen einer möglichen Vereinbarung halten würde. Andere Senatoren äußerten Bedenken zur Durchsetzbarkeit einer Einigung mit China. (kw).

Ferner hat Präsident Trump den ehemaligen Abgeordneten des Repräsentantenhauses John Linder (R-GA) als Repräsentant zu den *Association of Southeast Asian Nations* nominiert. Linder gehörte von 1993 bis 2011 dem Repräsentantenhaus an und war unter anderem Mitglied des *Ways and Means*-Ausschusses. (cs)

Weitere Maßnahmen gegen Russland

Das US-Finanzministerium hat Sanktionen gegen die russische *Evrofinance Mosnarbank* aufgrund ihrer Geschäfte mit dem bereits sanktionierten staatlichen Erdölkonzern *Petroleos de Venezuela S.A.* (PdVSA) verhängt. Die eine Hälfte der Bankanteile gehört dem venezolanischen staatlichen Entwicklungsfonds (FONDEN) und die andere Hälfte der russischen VTB Bank und Gazprom. Die binationale Bank fördert gemeinsame Öl-Infrastrukturprojekte zwischen Russland und Venezuela. In einer [Pressemitteilung](#) warnte US-Finanzminister Steven Mnuchin davor, dass die USA ausländische Finanzinstitute bestrafen würden, die das illegitime Maduro-Regime unterstützen und zu der wirtschaftlichen und humanitären Krise in Venezuela beitragen.



Das US-Repräsentantenhaus hat am 12. März insgesamt vier Gesetzentwürfe verabschiedet, die sich gegen Russland richten: [H. Res. 156](#) (nicht-bindende Resolution) - Verurteilung der Ermordung des Putin-Kritikers Boris Nemtsov mit einhergehenden Konsequenzen für Einzelpersonen im Rahmen des Magnitsky Act; [H.R. 596](#) - Nichtanerkennung der Krim als russisches Staatsgebiet, Verurteilung der Annexion von 2014; [H.R. 1404](#) - „Vladimir Putin Transparency Act“: Stärkung der US-Reaktion auf russische Einflussnahme durch größere Transparenz; [KREMLIN Act](#) - fordert Sanktionen gegen Russland aufgrund der vermuteten Manipulation der US-Wahlen 2016 (sowie weiterer Versuche, Wahlen von NATO-Mitgliedern zu beeinflussen). Alle vier Gesetzentwürfe wurden mit großer überparteilicher Mehrheit verabschiedet. Es ist allerdings unklar, ob der Senat über die Entwürfe abstimmen wird. (ch)

Technologiefirmen bereiten disruptives Zeitalter vor

Marktinformation von Germany Trade and Invest (GTAI)

Die USA sind nicht nur die weltweit größte Volkswirtschaft, sondern auch ein sehr wichtiger Handels- und Investitionspartner für Deutschland.

Die USA sind mit einem nominalen Bruttoinlandsprodukt (BIP)

von 20,5 Billionen US-Dollar (US\$) die größte Volkswirtschaft der Welt. Der produzierende Bereich ist stark diversifiziert, und in den Vordergrund sind wissensintensive und innovative Wirtschaftszweige gerückt, die zudem eine hohe Wertschöpfung garantieren - die Übergänge von der Industrie zu Dienstleistungen werden immer fließender. Personalintensive Produktionen sind wegen des hohen durchschnittlichen Lohnniveaus teilweise ins Ausland abgewandert.

Den vollständigen Beitrag finden Sie kostenfrei [hier](#). (gtai)



Audi



Lufthansa

Gefördert durch:



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

Fax: (001) 202-659-4779

<http://www.rgit-usa.com>

publications@rgit-usa.com

Redaktion:

Daniel Andrich

Die Washington News
erscheinen wöchentlich
und berichten über aktuelle
wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA

Delegierter der Deutschen Wirtschaft:

Daniel Andrich

Weitergabe nur mit ausdrücklicher Genehmigung

© RGIT 2019

All material is protected by
copyright law of the United States

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

For German trade and investment visit
www.germanbusinessmatters.com

